POLIZEI = MILITÄR = POLIZEI?

Sicherheit à la „America first“ treibt mannigfaltige Blüten

THOMAS ROITHNER

Jetzt ist schon wieder was passiert. Nach den Flüchtlingen nun also Corona. Und schon wieder sind Soldaten des Bundesheeres in einer schon vorher nicht unwahrscheinlichen Krise in längerer Inlandsmission. Sicherheit wird seit einigen Jahren besonders groß geschrieben. Genau betrachtet nicht Sicherheit, sondern „Versicherheitlichung“. Probleme werden dabei als besondere Gefährdungen deklariert, die Maßnahmen außerhalb des gewohnten Instrumentenkastens erfordern würden. Gefährdung als Dauerzustand samt Gewöhnungseffekt mit Beigeschmack.

Nicht zum ersten Mal geben wir Freiheit für Sicherheit. Alle möglichen und unmöglichen Politikbereiche durch die Sicherheitsbrille zu betrachten, hat die türkis-blaue Regierung besonders gerne gepflogen. Unterschiedliche zivile, polizeiliche und justizielle Aufgaben wandern zeitweise in Richtung Armee ab. Rechtlich gedeckt. Die Armee an der Grenze ist schon beinahe normal. Soldaten gegen Schlepper, Soldaten gegen Botschaftsbedrohungen, Soldaten gegen Ganoven im Internet, Armeeflugzeug schiebt Geflüchtete ab, Armeefahrzeuge übernehmen Häftlingstransporte oder Armee sucht gewöhnliche Kriminelle. Armee gegen alles, was man für ungewöhnliche Bedrohung hält.

Wir stochern uns seit Jahren durch einen Sicherheitsnebel. Ursachen, Instrumente und Lösungsansätze werden – bewusst wie unbewusst – vermengt. Sicherheitsapparate werden EU-weit aufgewertet. Ein Blick in bunte Tageszeitungen mochte hie und da den Eindruck erwecken, als wäre eine Sicherheitsdoktrin und nicht ein Regierungsprogramm das leitende Dokument.

Es geht hier weniger um den Strafzettel für‘s Bankerlsitzen, sondern um institutionelle Zuständigkeiten und deren entsprechende finanzielle Dotierung. Aus gutem Grund sollen Soldaten nicht als Polizisten gehen, auch wenn Emmanuel Macron die Eindämmung von Corona enttarnend als „Krieg“ bezeichnet. Und weil der Zweck nicht alle Mittel heiligt. Welche Aufgaben, Unternehmen und Produkte systemrelevant sind, konnte in den ersten Wochen der Ausgangsbeschränkung gut abgelesen werden.

Polizei übergibt an Bundesheer: Botschaftsbewachung in neuen Uniformen.

Bild: Bundesheer Fotos auf Flickr
Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

ÖBH geschütztes Gefechtsfahrzeug „Husar“ Militärpolizei

Bild: Archiv betrifft Frieden

INNERE SICHERHEIT

Kardinal Christoph Schönborn forderte ein Korrigieren der Globalisierung. Es braucht auch eine Korrektur des Sicherheitsdenkens in der EU und Österreich. Offenkundig ist, dass sich manche Staaten beim Grenzenschließen, Grundrechteeinschränken oder beim Ellenbogenausfahren bei der Maskenbeschaffung im Sinne der nationalen Sicherheit schneller sind, als die Polizei erlaubt. Sicherheit à la „America first“ treibt in diesem Frühling weltweit mannigfaltige Blüten. Während die EU-Kommission im Länderbericht Österreich 2019 im Gesundheitssystem über überdurchschnittlich viele verfügbare Betten in der Akutversorgung klagte, stehen Milliardenbeträge für den EU-Rüstungsfonds, das militärische Schengen oder Projekte wie EU-Kampfhubschrauber oder Euro-Artillerie auf der Agenda. Über die Prioritätensetzungen des kommenden EU-Finanzrahmens werden Debatten unausweichlich sein – statt militärische Sicherheit ist menschliche Sicherheit das Gebot der Stunde.

Dieser Beitrag erschien als Gastkommentar in geringfügig geänderter Form in der Wiener Zeitung am 29.4.2020 auf Seite 2 und auf wienerzeitung.at.

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien und Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig, www.thomasroithner.at

MELDUNG

VERFASSUNGSRECHTLICHE BEDENKEN

Die Bewachung von Botschaften (u.ä.) durch Bundesheersoldaten im Rahmen des „sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes“ sieht Verfassungsrechtler Heinz Mayer sehr kritisch. Wachdienste seien nicht im entsprechenden Verfassungsartikel enthalten. Solche Einsätze sollten z.B. nur bei Bedrohung von Staatsorganen erfolgen. Experte Bernd-Christian Funk sieht es zwar differenzierter, fordert aber eine starke Begründung, dass hier unbedingt das Bundesheer einspringen muss.

KOMMENTAR

TANNER - FESTSPIELE?

Auf Betreiben von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner sollten am 4. Mai 2020 3.000 Milizangehörige im Rahmen einer erstmals in Friedenszeiten befohlenen Teilmobilmachung zum Dienst einrücken. Obwohl zuletzt (situationselastisch) auf rund 2.300 reduziert wurde – angeblich wegen beruflicher Unabkömmlichkeiten –, bringt diese Aktion trotzdem Ratlosigkeit und Besorgnis. Aktuell hat sich die Zahl sogar auf 1.400 verändert. Es gehe um die „Durchhaltefähigkeit des Bundesheeres als strategische Reserve der Republik“, trompetete die Ministerin.

Nun gibt es einige Staatslenker (Macron, Trump usw.), die in COV 19-Zeiten den „Kriegszustand“ an die Wand malen. Der Philosoph Rudolf Burger bezeichnete kürzlich den Krieg gegen das Virus als „obszön“. Im wirklichen Krieg könne man mit dem Gegenüber wenigstens Friedensverhandlungen führen.

Als Aufgaben der Miliz werden von Tanner etwa das Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung und der Schutz der kritischen Infrastruktur genannt. Diese kritische Infrastruktur war die Monate davor ohne Militär offensichtlich gut geschützt. Wozu braucht es jetzt bewaffnete Soldaten? Soll die „Bedeutung“ des Bundesheeres im „Corona-Krieg“ legitimiert werden, um die Armee öffentlich überall präsent sein zu lassen oder geht es nur um die Schaffung eines Präzedenzfalles, damit das Heer in der „neuen Normalität“ schneller mobil gemacht werden kann? Die Armee als oberster Coronakrisenbekämpfer? Auf bewaffnete Krieger, Waffensysteme und Militärfahrzeuge im öffentlichen Raum ist das Volk aber nicht neugierig. Dringender gebraucht hätte man Militärspitäler und Sanitätsausrüstung, die im Laufe der Jahre eingespart wurden.

Die Beliebtheitswerte Tanners sind Ende März auf einen Minuswert gerutscht. Außer zackigen Ansagen war da noch nicht viel. Auch im Heer soll es manches Kopfschütteln geben. Kommt es gar einmal zu einer Regierungsumbildung (z.B. im Verteidigungsressort), findet sich Frau Tanner dann auf einem Versorgungsposten der ÖVP NÖ?

Wie dieser Tage so oft zu hören ist: Die Glaskugel habe ich jetzt nicht dabei. *MS*